



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiszelle 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Nicht Verkümmern, sondern Ausbau der Arbeiterversicherung. — Schweriner Brief. — Aus der Genossenschaftsbewegung. — Wirtschaftliche Rundschau. — Korrespondenzen (Danzig, Leipzig, Mühlhausen i. G.). — Literatur. — Versammlungskalender. — Adressenveränderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Tarif-Schiedsgericht für das Buchdruckerpersonal Berlins und Umgebung. — Korrespondenzen (Chemnitz, Dresden, Heilbrunn a. Neckar, Zwickau).

Nicht Verkümmern, sondern Ausbau der Arbeiterversicherung.

Das Reichsamt des Innern bereitet gegenwärtig eine Reform der Arbeiterversicherungsgesetze vor. Eine Reform, deren angeblicher Zweck in der Vereinfachung und Verbilligung der staatlichen Versicherung bestehen soll, die aber tatsächlich darauf hinausläuft, den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen zu nehmen und im übrigen einen wirklichen Ausbau der Arbeiterversicherung hintanzuhalten.

Die Verbädhtigungen der Ortskrankenkassen als Institute, an denen sich „die sozialdemokratischen Parteiführer mästen“, haben bei den in Frage kommenden Reichsbehörden ein williges Ohr gefunden. Freilich, diese beweislosen Verbädhtigungen, mit denen insbesondere der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ wider das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen treiben ging, waren kein tatsächliches Material. Das Material sollte die im Oktober 1908 stattgefundene Konferenz im Reichsamt des Innern liefern, wo Unternehmer- und Arbeitervertreter aus den Krankenkassen vernommen wurden. Aber die politischen Arbeiterfeinde erlitten hier eine schmächtige Niederlage.

Das sehnlichst erwartete Material gegen das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen blieb aus: die Unternehmer hatten keine. Ja, die Unternehmer stimmten in jener Konferenz sogar soweit mit den Arbeitern überein, daß sie den seitens des Reichsamts des Innern für die kommende Reform vorgeschlagenen „unparteiischen Vorsitzenden der Ortskrankenkassen“ ablehnten. Dieser „unparteiische Vorsitzende“ sollte geschaffen werden, wenn die Unternehmer nicht, wie bisher, ein Drittel, sondern die Hälfte der Kassenbeiträge übernehmen würden. Der angebliche politische Mißbrauch der Ortskrankenkassen hatte sich als ein leeres Phantasiengebilde herausgestellt; die Arbeiterfeinde waren elend klamiert! Selbst der stellvertretende Vorsitzende des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände, Kommerzienrat Mend, mußte in Nr. 48 von 1908 der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ konstatieren, daß in jener Konferenz für die gegen die Leitungen der Ortskrankenkassen erhobenen Anklagen keine Beweise beigebracht werden konnten. Kommerzienrat Mend bringt in der genannten Zeitung auch zum Ausdruck, daß ihm der heutige Zustand lieber sei, als eine „Herrschaft der Bureaukraten“ in den Ortskrankenkassen. Man sollte meinen, daß damit die Attade, die das Reichsamt des Innern gegen das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen lie-

fern wollte, zurückgewiesen sei. Aber die Arbeiter werden gut tun, sich nicht in Sicherheit zu wiegen. Nicht das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter darf beseitigt werden, sondern mit der Zersplitterung der Versicherungsorganisation (Ortskrankenkassen der verschiedenen Berufe, Betriebs- und Innungskassen, Gemeindefrankenversicherung) muß ausgeräumt werden. Wir brauchen eine Zentralisation, d. h. für größere Bezirke eine leistungsfähige Kasse.

Notwendig ist ferner der Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Arbeiter und Angestellten aller Kategorien. Zu beseitigen ist die Grenze der Versicherungsspflicht bei 2000 Mk. Arbeitsverdienst. Zu erhöhen sind die Mindestleistungen, die heute keineswegs ausreichen, dem erkrankten Arbeiter und seiner Familie auch nur das Nötigste zu gewähren. So muß die Reform der Krankenversicherung aussehen, wenn bei den bürgerlichen Parteien und der Regierung die soziale Gesinnung echt wäre, mit der sie prunken!

Die Unfallversicherung erstreckt sich auch nicht auf alle Arbeiterkategorien. Die Verwaltung liegt in den Händen der Berufsgenossenschaften, in denen die Unternehmer allmächtig sind; kein Arbeiter hat hier etwas zu sagen. Die Ansprüche der Versicherten ruhen nicht auf geleisteten Beiträgen, sondern auf der Versicherungsspflicht. Infolgedessen darf auch das Recht der Verwaltung nicht an die Beitragszahlung geknüpft, sondern muß den Versicherten überlassen bleiben. Die Kosten der Unfallversicherung werden zwar formell von dem Unternehmertum getragen, tatsächlich aber doch von den Erträgern der Arbeit jener gedeckt, die in den Betrieben beschäftigt sind. Daher gebührt den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht, zum mindesten aber das paritätische Mitbestimmungsrecht. Davon wollen die Unternehmer jedoch nichts wissen. Sie glauben, wenn die Arbeiter, wie in den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, so auch in den Berufsgenossenschaften ein Wortlein hineinreden, daß dann die Rentenkauerei nicht so weiter geht, und dann die Kosten der Unfallversicherung wachsen würden. Die Arbeiter werden aber unbedingt an ihrem Standpunkt festhalten und ebenso entschieden dafür eintreten, daß die Leistungen der Unfallversicherung erhöht werden.

Im Vordergrund der Erörterungen hat in letzter Zeit aus mancherlei Gründen das Invalidenversicherungsgesetz gestanden. Bekannt ist, daß das Reichsamt des Innern mit einer großen Energie bestrebt ist, die Bewilligung der Invalidenrenten seitens der zuständigen Organe möglichst einzuschränken. Die Rentenbewilligungen waren von 174 508 im Jahre 1903 auf 124 057 im Jahre 1906 zurückgegangen! Da war tollschal „gequatscht“ worden. Inzwischen sind nun die Bestrebungen der kaufmännischen und technischen Angestellten auf eine angemessene Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung stärker hervorgetreten. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung, welche bisher den Privatangestellten nicht einmal die heutigen Versicherungsgesetze voll zugute kommen ließen, spielen nun mit dem Gedanken, für diese Angestellten eine besondere Pensionsversicherung zu schaffen. Ob

etwas daraus wird, was die Angestellten auch befriedigt, ist zum mindesten sehr zweifelhaft, aber man will hier eine Zersplitterung, und zwar aus politischen und finanziellen Gründen. Einen durchgreifenden Ausbau der Invalidenversicherung möchten sowohl die bürgerlichen Parteien als auch die Regierung aus „Sparjamkeitsrücksichten“ ungehen. Aber man möchte auch die unzufriedenen Angestellten, denen man so gut wie jeden gesetzlichen Schutz vor grenzenloser Ausbeutung durch die Unternehmer verweigert, nicht direkt in das Lager der Sozialdemokratie jagen. Und so sucht man sie mit einer Sonderversicherung zu ködern, womit man eine Scheidewand zwischen Angestellten und Arbeitern aufrichten zu können glaubt. Von solchen unsozialen Beweggründen wird die deutsche Sozialpolitik beherrscht. Die Alters- und Invalidenrenten, die nach dem heutigen Invalidenversicherungsgesetz an die Rentenberechtigten gezahlt werden, betragen im Durchschnitt jährlich rund 158 Mark. Die Arbeiter müssen mit aller Kraft dafür agitieren, daß an Stelle dieser geringfügigen Almosenrenten wesentlich höhere Versicherungsleistungen treten, — nicht nur für die Privatangestellten, sondern für die Arbeiter aller Kategorien.

Als im Jahre 1902 das deutsche Volk mit drückenden Zollerhöhungen belastet wurde, beschloß der Reichstag, daß ein Teil der höheren Bälle „zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversorgung zu verwenden“ sei. Die hohen Bälle sind in Kraft getreten, für die Witwen- und Waisenversorgung aber ist nicht soviel übrig geblieben, daß davon auch nur eine kümmerliche, geschweige denn eine angemessene Fürsorge durchgeführt werden könnte. Die Arbeiter aber wünschen eine Hinterbliebenenfürsorge mindestens in dem Maße, wie sie das Generallienstandsversicherungsgesetz gewährt. An der Durchführbarkeit dieser Versicherung ist kein Zweifel; sie ist ohne Einführung irgendwelcher neuer Steuern schon dann möglich, wenn der unfinnigen Verschwendung für militärische Zwecke Einhalt getan wird.

Die Arbeitslosenversicherung wollen wir nicht in dem Rahmen der heutigen Arbeiterversicherungsgesetze verwirklicht wissen. Für ihre Eigenart müssen in organisatorischer Beziehung andere Gesichtspunkte maßgebend sein; ihre Grundlage sollen die Gewerkschaften sein, an deren Mitglieder zur Arbeitslosenunterstützung staatliche Zuschüsse zu leisten sind. Sie soll aber hierbei mitberührt werden, um über die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft hinsichtlich der staatlichen Versicherung ein genaueres Bild zu geben. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß man in verschiedenen Nachbarstaaten mit der Arbeitslosenversicherung aus Staats- oder Gemeindegeldern viel weiter ist, als in Deutschland; wenn auch zugegeben werden muß, daß sie auch dort zu wünschen übrig läßt.

Wir haben vorstehend in großen Zügen ein Bild der Wünsche entworfen, die die deutsche Arbeiterschaft an das staatliche Versicherungswesen zu stellen hat. Möge die Arbeiterschaft durch unausgesetzte Agitation ihren Forderungen kräftigsten Nachdruck verleihen. P. S.

Schweriner Brief.

Im Land 1, Mecklenburg, in der Stadt Schwerin, besteht seit Juni 1907 unsere Zahlstelle, der zu Anfang 19 männliche und 6 weibliche Mitglieder angehörten. Die Kollegen sind teilweise schon im reifen Mannesalter und arbeiten Jahrzehnte lang in einer Druckerlei. Kollegen, die 39, 46, 52 und 56 Jahre zählen und über 30 Jahre in einem Geschäft sind, erhielten zu Anfang ihrer Tätigkeit 5 bis 10 Mark und haben bis zum Herbst 1908 den horrenden Lohn von 17,50 Mk. erreicht. Wenn man bedenkt, um wieviel mehr die Nahrungsmittelpreise gestiegen sind und dann die Steigerung des Lohnes betrachtet, muß auch der bornierteste Mensch zu der Einsicht kommen, daß in dem Ausgleich gar kein Verhältnis liegt. Wenn einer bald 40 Jahre in einem Geschäft tätig war, in dieser Zeit sein Lohn um 12,25 Mk. gestiegen ist, so hat er jährlich eine Zulage von 30 Pf., sage und schreibe dreißig Pfennige jährlich, erhalten, gut einen halben Pfennig die Woche. Das ist aber nicht ein einzelner Fall, sondern es sind mehrere. Man kann bei diesen Kollegen ganz und gar nicht sagen, sie seien keine brauchbaren Arbeiter. Das Gegenteil beweist ja schon die lange Tätigkeit in den Geschäften. Der Höchsthohlohn ist 18 Mk. und wird nur an einen einzigen bezahlt, der ebenfalls schon 18 Jahre in einem Geschäft tätig ist.

Die Löhne und das Alter der Kollegen sind folgende: Ein 18-jähriger erhält 7 Mk., ein 20-jähriger 10 Mk., ein 19-jähriger 12 Mk., ein 25-jähriger 13 Mk., ein 19-jähriger 14 Mk., vier Kollegen im Alter von 23 bis 49 Jahre erhalten 15 Mk., ein 26 Jahre alter erhält 16 Mk. Einer mit 37 Jahren 16,50 Mk., 4 Kollegen im Alter von 29 bis 47 Jahren erhalten 17 Mk. und 3 Kollegen von 26—58 Jahren bekommen 17,50 Mk. pro Woche.

Die Kolleginnen sind alle über 20 Jahre und erhalten von 3,50 Mk. aufwärts bis zu 11 Mk.

Die Abschließung der Allgemeinen Bestimmungen sollte uns ermöglichen, auch in den kleinsten Orten eine Lohnregulierung vornehmen zu können, und den Bestimmungen selbst Gültigkeit zu verleihen; leider ist das nicht immer der Fall. Auch die Schweriner Kollegenschaft mußte diese Erfahrung machen.

Anfang März 1908 ging ein Schreiben an die Schweriner Prinzipale, in dem um Unterhandlung zwecks Einführung unserer Allgemeinen Bestimmungen und Regelung der Löhne ersucht wurde. Als Löhne wurden gewünscht:

Für männliches Personal: Von 16—17 Jahren 14 Mk., von 17—18 Jahren 16 Mk., von 18—19 Jahren 18 Mk., von 19—20 Jahren 20 Mk., über 20 Jahre 21 Mk.

Für weibliches Personal: Anfangslohn 9 Mk., nach einem Jahre 11 Mk., nach zwei Jahren 13 Mk.

Am 18. März ging uns ein Schreiben zu, daß die hiesigen maßgebenden Geschäfte sich erst hierüber aussprechen müßten. Ein bestimmter Termin könne zur Zeit nicht angegeben werden. Am 4. August, nachdem wiederholt bei den Prinzipalen brieflich angefragt worden war, ging uns nun die Mitteilung zu, daß die Schweriner Verhältnisse eigenartig und von den größeren Städten abweichend lägen, deswegen ein bestimmter Tarif zurzeit noch nicht eingeführt werden könne. Es solle jedoch bis auf weiteres den einzelnen Geschäften überlassen bleiben, mit jedem Arbeiter persönlich zu unterhandeln.

Es ist immer eine schöne Ausrede, die Verhältnisse liegen hier anders. Wie, wird aber nie dabei gesagt. Die Herren wollen doch nicht sagen, daß durch das Verschleppen von getragener Garderobe an die Arbeiter eigenartige Verhältnisse entstehen. Zwar wollen, wie uns mitgeteilt worden ist, die Herren Arbeitgeber diese Garderobe mit einer Summe berechnet haben und diese Summe zum Lohne aufschlagen. Einem Kollegen, der eine Bartbinde geschenkt erhalten hat, soll nachher diese auch mit berechnet worden sein.

Nach Rücksprache mit den einzelnen Prinzipalen, zu der Kollege Glarner-Hamburg mit hinzugezogen wurde, sind dann für einzelne Kollegen Zulagen bis zu 2 Mk. aus der ganzen Geschäfte herausgeschlagen worden. Ein Tarifabschluß ist demnach nicht zustande gekommen. Durch das lange Hinsiehen der Sache ist die Kollegenschaft ungeduldig und mißmutig geworden. Es wurde gesagt, der Hamburger Vorstand, ebenfalls der Verbandsvor-

stand hätten mehr eingreifen sollen. Weibe haben jedoch in diesem Falle ihre Schuldbiligkeit getan. Wenn dem Wunsch der einzelnen Kollegen und Kolleginnen nicht immer gleich Rechnung getragen werden kann, so darf dadurch aber auch nicht gleich Mißmut unter die Kollegenschaft treten. Die größten unserer Zahlstellen waren doch auch klein und eine unendliche Arbeit ist geleistet worden, ehe die Löhne die jegliche Höhe erreichten und wir schließlich zum Tarifabschluß gekommen sind. Deshalb ist auch hier unermüdblich für den Ausbau des zukünftigen Tarifes zu arbeiten. Am Sonntag, den 30. Januar 1909 fand nun in Schwerin eine Versammlung statt, in der Kollege Lohse-Hamburg einen Rückblick seit Bestehen der Filiale gab und auf die Lohnbewegung zum Schluß einging. Die Kollegen gaben ihr Versprechen ab, die Zahlstelle auszubauen und wenn es diesmal nicht gelungen sei, einen Tarif abzuschließen, so soll doch bei der nächsten event. Abschließung die Zahlstelle der Schweriner nicht zurückstehen. Der Kollege Lohse hatte dann an demselben Abend Gelegenheit, in einer Gehilfenversammlung eine Ansprache an die Versammelten zu halten, die bereitwillig erklärten, an der Aufklärung unserer Kollegen und Kolleginnen mit zu helfen.

Nach Lage der Dinge war es in Schwerin nicht angebracht, es zu einer Arbeitsniederlegung kommen zu lassen. Trotz des Mutes, den unsere Kollegen hier an den Tag gelegt haben, mußte doch von maßgebender Stelle eine Arbeitsniederlegung abgefragt werden. Mit der Hoffnung, ein nächstesmal mehr für uns zu erreichen, gehen wir wieder frisch an die Stärkung unserer Organisation.

Johann Schneider, Schwerin i. Meckl.

U. Glarner, Hamburg.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Es liegt im Wesen einer jeden gesunden, entwicklungsfähigen Genossenschaft begründet, daß durch ihre Tätigkeit einzelne Mitglieder des Wirtschaftsmechanismus überflüssig werden. So waren es bisher die Kaufleute und Kleinhändler, welche zum Teil wohl erfahren haben, daß sie durch die Konsumvereine und auch durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften eine Einbuße an ihrem Profit erlitten; nachdem sie aber von ihrem wirtschaftlichen Gegner, der Genossenschaft, gelernt haben, auch ihrerseits ihre wirtschaftliche Macht zu stärken, indem sie sich in Einkaufsgenossenschaften zusammenschließen, da müssen sie nun die betrübende Wahrnehmung machen, daß sie von den sich dadurch geschädigt fühlenden Großhändlern offen und verdeckt bekämpft werden. Das empfinden sie nun natürlich als ein großes Unrecht, aber es wäre verkehrt, nun daraus folgern zu wollen, daß sie nun auch die Ungerechtigkeit einfäßen, mit der sie ihren Kampf gegen die Konsumvereine führen; im Gegenteil kann man beobachten, daß dieser Lustig weiter geführt wird und die sonderbarsten Blüten treibt. So haben z. B. die im Verband der Deutschen Papier- und Schreibwarenhandlärer organisierten Detailisten an den Staatssekretär des Reichsjustizamts eine Eingabe gerichtet mit der dringenden Bitte, die Zustimmung zu einer bevorstehenden Gründung zu versagen; die Rechtsanwälte beabsichtigen nämlich, eine wirtschaftliche Vereinigung zum gemeinschaftlichen Einkauf von Bureauntensilien zu gründen, um sich so der Tributpflicht an den Zwischenhandel zu entziehen.

Bisher waren es vor allem die Gewerkschaften, welche mit der „Konkurrenz“ der christlich-nationalen Arbeiter zu rechnen hatten, aber schon machen sich diese Einflüsse christlicher Nächstenliebe auch in Konsumvereinen geltend. In Danabrück wird der dem Zentralverband angeschlossene Konsumverein von den christlichen Gewerkschaftern als sozialdemokratisch verächtigt, dem ein christlich-national denkender Arbeiter nicht angehören könne, und es wird dort eifrig Propaganda gemacht für Gründung eines christlichen Konsumvereins. So sehr die Verwaltung des neutralen Konsumvereins „Vorwärts“ auch mit Vernunftgründen gegen die genossenschaftlichen Versplitterungsversuche ankämpft, es wird wohl erfolglos sein; denn wenn die christlich-nationale Ge-

sinnung einmal losgelassen ist, dann macht sie vor der Vernunft auch nicht halt. — Wie verständiglich die Wertschätzung der einzelnen Genossenschaftsarten bei den Regierungen ist, beweist wieder einmal der Gesandtschaftsbericht, den die preussische Regierung dem Landtage vorgelegt hat; nach diesem sollen der preussischen Zentralgenossenschaftskasse statt wie bisher 50 Millionen von jetzt an 75 Millionen Mark Einlage vom Staat gewährt werden. Begründet wird dieses Geschenk damit, daß die „Preußenkasse“ zwar in normalen Zeiten mit dem gegenwärtigen Kapital ihre Aufgabe als zentrales genossenschaftliches Bankinstitut erfüllen kann, daß aber anormale und geldknappe Zeiten zu dem Entschluß geführt hätten, eine Erhöhung des Kapitals eintreten zu lassen. Bekanntlich ist die „Preußenkasse“, wie sie meist kurzweg genannt wird, die Kreditbank der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Ihnen schüttet man Millionen in den Schoß, während man die Konsumvereine der Arbeiterschaft durch Steuern aller Art auspowern möchte. Regierung und Mittelstand im Kampfe gegen die Konsumvereine, unterstützt von Krieger- und Turnvereinen! Der Turnverein zu Rigen hat ein Mitglied ausgeschlossen, weil seine Frau Lagerhalterin im Konsumverein wurde und der Kriegerverein von Müderdorf hat so lange gegen den dortigen Konsumverein gewühlet, bis fast alle Mitglieder beider Vereine aus dem — Kriegerverein austraten; — das Böse gewollt und das Gute getan, wird sich mit Mißmut der hochwohlwöhlliche Vorstand des Kriegervereins sagen.

Eine „Allgemeine Baugenossenschaft für Augsburg und Umgebung“ haben dortselbst die freien, christlichen und Kirch- und Dunderischen Gewerkschaften zusammen mit dem Mieterverein gegründet zwecks Erbauung und Erwerbung von Häusern, um minderbemittelten Personen gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen zu verschaffen. Die Anteilsgemeine lautet auf 200 Mk. und können in Raten von 2 Mk. pro Monat eingezahlt werden. — Zu den beiden ältesten Gartenstadtprojekten bei Karlsruhe und Dresden ist im Verlauf des letzten Jahres Nürnberg und vor Kurzem auch Magdeburg hinzugegetreten. Die Genossenschaft „Gartenstadt Hopfenblüte“ hat sich an der Leipziger Chaussee ein 140 Morgen großes Gelände gesichert, das noch in diesem Jahre der Bebauung erschlossen wird, und die Genossenschaft „Gartenkolonie Reform“ will sich am andern Ende der Stadt ein günstiges Terrain erschließen, das sich zum größten Teil in städtischem Besitz befindet. Die Stadt plant, um die Genossenschaften zu fördern, diesem Unternehmen günstige Verkaufsbedingungen zu stellen. Hoffentlich wird ihr dies nicht wieder leid.

Aus dem Ausland: Die englische Großeinkaufsgesellschaft gibt bekannt, daß ihr Umsatz gegen das Vorjahr um 9 880 000 Mk. auf 498 200 000 Mark gestiegen ist; von den selbstproduzierten Waren wurden für 11 488 000 Mk. bezogen, es sind dies 5 620 000 Mk. mehr als im Jahre 1907. Der Umsatz belief sich im Kolonial- und Lebensmittelgeschäft auf 404 800 000 Mk., in Hausstandswaren, Schuhen, Kleidern usw. 93 400 000 Mk. Dem Beispiel der englischen Frauen folgend, hat sich in Ungarn unter dem Vorhitz der Gräfin Karoly, deren Gatte ein eifriger Verfechter des ungarischen Genossenschaftswesens ist, eine „Genossenschaftsliga der ungarischen Frauen“ gebildet. Sie hat schon ernie agitatorisch wirkende Versammlungen veranstaltet. — Der Zentralverband der österreichischen Konsumvereine hat ein Jahrbuch für 1908 herausgegeben, welches außer den Berichten des Verbandssekretariats und der Distrikverbände das Protokoll über die Verhandlungen des 6. Verbandstages in Wien, sowie die Statistik über die Konsum- und Arbeitsgenossenschaften des Zentralverbandes für 1906 und 1907 enthält. Von 311 Vereinen mit 139 427 Mitgliedern und 32 949 381 Mk. Umsatz ist die Zahl der dem Zentralverband angeschlossenen Vereine auf 325 Genossenschaften mit 161 958 Mitgliedern und 38 972 030 Mk. Umsatz gestiegen; die Steuern betragen 264 183 Mk. gegen 181 688 Mk. im Vorjahr. Der Reinüberschuß stieg von 1 927 138 Mark auf 2 405 170 Mk., die Rückvergütung von 1 531 148 Mk. auf 1 784 930 Mk. Die Grundstückspreise betragen 4 591 178 Mk. gegen 4 011 979 Mk. im Vorjahr. Leider macht sich der Nationalitäten-

haß wie bei den öfter reichlichen Gewerkschaften, so auch beim Zentralverband der Konsumvereine geltend; trotz aller Gegenagitation haben sich die tschechisch-slawischen Konsumvereine vom Zentralverband abgewandt und einen selbständigen „Zentralverband tschechisch-slawischer Konsumvereine und Produktivgenossenschaften“ gebildet, welcher der allgemeinen Genossenschaftsbewegung wahrscheinlich nicht allzuviel schaden, der tschechisch-slawischen Bewegung aber in seiner Isoliertheit auch wenig Nutzen bringen wird. Freude werden nur diejenigen Volkfreunde darüber empfinden, welche den Nationalitätenhaß schüren, um dabei am besten auf ihre Rechnung zu kommen.

Der Verband schwedischer Konsumvereine sah sich veranlaßt, eine eigene Margarinefabrik zu erwerben, weil die Margarine-Fabrikanten auf Veranlassung der Krämmer ihm die Lieferung von Margarine entzogen. Auf diesen Ausgang des Kampfes waren weder Krämmer noch Fabrikanten gefaßt und nun stehen sie da wie die betäubten Bohrer, weil ihnen die Felle, in diesem Falle der Profit, verloren gegangen ist. Es wäre zu wünschen, daß die genossenschaftliche Selbsthilfe immer und überall so exakt einsetze, dann würden die Fabrikanten doch sehen, daß nicht die Konsumenten ihre Wege da sind, sondern daß das umgekehrt der Fall ist. Gert.

Wirtschaftliche Rundschau.

Ermäßigter Reichsbankdiskont. — Börserückgänge. — Januarstatistik des Kohlenhandels. — Eisenbahnverkehr im Januar. — Englischer Außenhandel. — Export nach Amerika.

Nach langem Warten, das in den letzten Monaten wahrscheinlich von politischen Besorgnissen nicht ganz unbeeinflusst war, hat die Reichsbank am 16. Februar ihren Wechseldiskont um 1/2 pCt., also auf 3 1/2 pCt. herabgesetzt. Dementsprechend hat sie gleichzeitig den Lombardzinsfuß (für Darlehen gegen Verpfändung von Effekten und Waren) von 5 auf 4 1/2 pCt. ermäßigt. Der vorangegangene Diskont von 4 pCt. war seit dem 18. Juni 1908 aufrecht erhalten worden. Schon damals, rein nach der augenblicklichen, überaus gestiegenen Banklage geurteilt, hätte man eine weitergehende Ermäßigung bewilligen können; die Bankleitung hielt jedoch den wirtschaftlichen Boden noch immer für schlüpfrig und schwankend, und sehr bald mahnten die Balkanwirren zu sorgfester Vorsicht. Unterdes ist, die Wochenabschlüsse vom damaligen 15. Juni und vom heutigen 15. Februar verglichen, der damals schon ungewöhnlich hohe Metallbestand weiter angechwollen: von 1077,2 Millionen Mark auf 1104,4 Millionen Mark, während die Zuanpruchnahme gesunken ist: für Wechsel von 913,2 Millionen Mark auf 728,9 Millionen Mark, für Lombardierungen von 73,5 Millionen Mark auf 67,8 Millionen Mark. Der Notenumlauf von damals und heute ist fast genau derselbe (1380,3 auf 1381,4 Millionen Mark), aber die sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten betragen damals 710,7 Millionen Mark, heute 687,1 Millionen Mark. Die „Entspannung“ und Selbstlosigkeit läßt also kaum noch zu wünschen übrig. Die neue Maßnahme der Reichsbank beweist zugleich ein wachsendes Vertrauen auf die Erhaltung des Friedens, wenigstens unter den Militärgroßmächten. Wenn trotzdem fast gleichzeitig die Börsen von neuem scharfe Kursrückgänge zu verzeichnen hatten, so fällt dadurch ein großes Licht auf die vorherige künstliche Made der Kursbehebung und auf die anhaltende, ja sogar sich verschärfende Depression der eigentlichen Produktion. Selbst die Terrain- und Baugesellschaften, deren Januar-Kursbehebung in der vorletzten Rundschau geschildert wurde, haben wieder abzubreiteln begonnen, obwohl bei den meisten eine wesentliche Bessergestaltung gegen den Jahresanfang bleibt, da der Glaube an ein regeres Frühjahrsgeschäft im großen und ganzen nicht erschüttert ist. Um so widerstandsunfähiger zeigten sich, neben den vielen kleineren „Spezialitäten“ des Effektenbörsenhandels, die wichtigen Bergwerks- und Hüttenaktien.

Hier ist es vor allem der bereits das vorige Mal kurz erwähnte Weiterverfall des amerikanischen Eisenmarktes, der dem Pessimismus zuletzt immer neue Nahrung zuführte. Trotz ihrer überragenden Stellung und ihrer unverdrossenen Kapitalkraft vermochte die United States Steel Corporation (der Stahltrust) den Markt nicht länger zu kontrollieren. Die Außenleiter mit ihren Preisunterbietungen drangen zusehends vor. Wie so oft, hielten sich nummehr die Verbraucher, in Erwartung späterer noch niedrigerer Bezugspreise, mehr und mehr

zurück. Das Signal zu einer förmlichen Flucht gaben schließlich die Carnegiewerke mit ihrer erheblichen Herabsetzung der Stahlbarrenpreise um 4 Dollar pro Tonne am 20. Februar. Den gleichen Preisnachlaß kündigten Chicagoer Gesellschaften für Bau Stahl an. Stahlröhren fielen am Pittsburger Markt um 10 bis 12 Dollar. Gary, der Präsident des Stahltrustes, gab bekannt, daß der Krust nummehr gleichfalls die Politik der möglichsten Preisfesthaltung aufgeben. Der Schienenpreis, der sich vorher auf 28 Dollar hielt, fiel sofort um 3 Dollar. Der Preis für eine Tonne amerikanischen Roh Eisens Nr. 2 betrug im Februar 1907 noch 27 Doll., sank im Februar 1908 auf 18 1/2 Dollar und stellt sich gegenwärtig auf nur 16,25 bis 17 Dollar. Man bringt diese ziemlich plötzliche Umkehr mit der Zollfrage in Verbindung. Da gewisse Zollherabsetzungen während der Wahlbewegung versprochen wurden und jetzt durch die Einsetzung einer Tarifkommission in greifbarere Nähe rücken, so machte man seitens der Interessenten von allen nur verfügbaren Abschreckungsmitteln Gebrauch. Die schlimmste Lage des Marktes solle als Beweis dagegen dienen, daß die Produktion eine Steigerung der Auslands konkurrenz ertragen könne. Das wäre ein sehr gewagtes, obwohl kein unbenutzbares Spiel. Nur hat es seine sehr ernsten Folgen nicht nur für die amerikanische Zollpolitik, sondern auch nach anderen Richtungen und schließlich auch für Europa. Beispielsweise hängt die New Yorker Börse wesentlich von den Schwankungen des Eisenmarktes ab, und da die Aktienkurve während des Vorjahres all gemein stark emporgetrieben wurden, so mühte ein umfassender Kurszusammenbruch manchem Spekulant das Leben kosten und den kreditgebenden Banken abermals neue Verlegenheiten bereiten. Jede Derivate an der New Yorker Fondsbörse pflanzt sich aber erfahrungsgemäß heute bis nach Europa fort.

Bei uns verharret die Eisenproduktion im allgemeinen in der Lethargie der letzten Monate weiter. Dagegen lautete der Januarbericht des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels von allen letzten Monatsabschlüssen am wenigsten tröstlich. Stellt man monatsweise die Förderung, dann den rechnungsmäßigen Absatz absolut und in Prozenten der Beteiligung (der für die Syndikatsregelung angenommenen Förderfähigkeit) zusammen, so ergibt sich folgendes Bild:

	Förderung		Rechnungsmäßiger Absatz	
	1907/1908	1908/1909	1907/1908	1908/1909
	in 1000 Tonnen		in Prozent der Beteiligung	
Januar	6689	6919	6386	5587
Februar	6128	6994	5154	6010
März	6682	6894	5613	5702
April	6332	6490	5467	5302
Mai	6321	6836	5368	5607
Juni	6495	6257	5613	5205
Juli	7245	7335	6233	5949
August	7199	7059	6198	5825
Septbr.	6558	7072	5679	5711
Oktober	7164	7103	5999	5580
Novbr.	6735	6508	5750	5137
Dezbr.	6608	6435	5769	4998

Das bedeutet natürlich noch lange nicht, daß die Grubenmagnaten bei ihren noch immer abnorm hochgehaltenen Kohlenpreisen irgendwie mit Recht zu klagen hätten. Aber es führt den Umschwung der Konjunktur, selbst für das gesichertere Produktionsgebiet, deutlich vor Augen und auf die Probenbewertung der Bergwerksaktien kann das nicht ohne Einfluß bleiben. Dabei hält die starke Ausfuhr auf diesem Gebiete ununterbrochen an. Im Januar wurden 1 734 924 Tonnen Steintohlen aus Deutschland exportiert, gegen 1 402 912 Tonnen im Januar 1908, also diesmal 332 012 Tonnen oder volle 23,6 pCt. mehr. Die Steintohleneinfuhr nach Deutschland dagegen ist gleichzeitig von 543 960 auf 509 153 Tonnen zurückgegangen, dazu noch weiter die Braunkohleneinfuhr von 696 429 auf 577 865 Tonnen.

Die Verkehrsereignisse der deutschen Eisenbahnen sind im Januar etwas dadurch beeinflusst, daß diesmal der Januar einen Sonntag mehr und einen Werktag weniger hatte. Davons erklärt sich zum Teil die Aufbesserung bei den Personenverkehrsereignissen: gegen das Vorjahr 53 Mt. oder 6,15 pCt. auf das Kilometer mehr. Dagegen brachte der Güterverkehr 156 Mt. oder 6,26 pCt. auf das Kilometer weniger.

Die fortwauernde Internationalität dieses Druckes kann man an den englischen Außenhandelsziffern ablesen. Hier ging im Januar der Wert der Wareneinfuhr (53,51 Millionen Pfund Sterling) gegen den bereits ungünstigen Januar 1908 nochmals um 2,85 Millionen Pfund Sterling (also um über 57 Millionen Mark) zurück, gegen 1907 sogar

um über 7,02 Millionen Pfund Sterling. Der Wert der Ausfuhr englischer Waren (28,80 Millionen Pfund Sterling) blieb um 5,6 Millionen Pfund Sterling gegen den Januar 1908 zurück, um 6,27 Millionen Pfund Sterling gegen 1907. Die Wiederausfuhr kolonialer und fremder Erzeugnisse (6,69 Millionen Pfund Sterling) zeigte zwar gegen das Vorjahr die ganz winzige Aufbesserung um 88 324 Pfund Sterling, gegen 1907 jedoch die verhältnismäßig ganz enorme Verschlechterung um über 2,1 Millionen Pfund Sterling.

Wie wichtig bei der europäischen Ausfuhr der Minderbegeh Amerikas in die Waagschale fällt, das lehrt die von den amerikanischen Konsulaten soeben veröffentlichte Zusammenstellung für Deutschland. Deklariert für den Export nach den Vereinigten Staaten wurden bei den Konsulaten in Deutschland:

Gesamtausfuhr	gegen das Vorjahr	
	mehr (+) Dollar	oder weniger (-) Prozent
1904	111 240 225	—
1905	126 133 199	+ 14 892 974
1906	153 142 999	+ 27 009 800
1907	159 892 340	+ 6 249 341
1908	128 239 054	- 31 153 286

Der erste große Rückschlag im Herbst-Winter 1907 vermochte also den starken Ueberdruck der ausgezeichneten ersten drei Vierteljahre von 1907 noch nicht in ein Gesamtdefizit umzuwandeln. Desto tiefer war alsdann das Gesamtergebnis des Jahres 1908 fühlbar.

Berlin, 21. Februar 1909.

Max Schippel.

Korrespondenzen.

Danzig. Versammlung vom 25. Februar 1909. Nach Beratung und Genehmigung des Protokolls der letzten Versammlung teilt Kollege Barwin mit, daß er den Kassiererposten nicht länger behalten kann, da es ihm an Zeit mangelt und die Arbeit sich häuft, da die Mitgliederzahl jetzt steigt. In der darauf folgenden Wahl wurde einstimmig Kollege Drossel als Kassierer gewählt. Sodann teilte Kollege Barwin mit, daß die Zahlstelle vom 1. März d. Js. dem Gewerkschaftskartell angeschlossen ist. Als Kartelldelegierter wurde einstimmig Kollege Barwin gewählt. Im Anschluß hieran teilte Kollege Barwin noch kurz die Vorteile mit, die wir durch Anschluß an das Kartell erlangen. Dierauf forderte er noch die Kollegen und Kolleginnen auf, weiter für den Verband zu agitieren. Nach Erlebigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen. F. B.

Leipzig. Bericht von der Generalversammlung vom 7. Februar 1909. Kollege Schulze erstattet einen kurzen Bericht zu dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht. Mit dem Abschluß und der Einführung des Tarifes glaubten wir, auf die Dauer von 5 Jahren besseren Situationen entgegengeben zu können, was bis jetzt nicht ganz eingetroffen ist, denn die Fortschritte sind keine so bedeutenden. Wir müssen weiter kämpfen, um in den 30 uns noch fernstehenden Betrieben den Tarif zur Anerkennung und Einführung zu bringen. Es sind einzelne Betriebe, wo einerseits durch den Vertreter der Organisation und durch Nachdruck der Kollegenschaft der Tarif anerkannt und die Löhne nach dem Tarif aufgebessert werden konnten, andererseits aber durch einen vorläufigen Verzicht der Kollegenschaft von der Durchführung Abstand genommen wurde. Desgleichen beschäftigt uns als ständiger Differenzpunkt zwischen Arbeitgeber- und Arbeiterorganisation der paritätische Arbeitsnachweis seit seiner Gründung am 1. April 1907. Die seither beobachteten Verstöße mehrerer Firmen haben in letzter Zeit ganz bedeutend nachgelassen. Dieses ist zurückzuführen auf die erfolgreichen Urteile des Tarif-Schiedsgerichts. Das hat auf unseren Arbeitsmarkt günstig eingewirkt. Dennoch werden unsere berechtigten Anträge an die Arbeitgeber solange wieberkehren, bis die Parität auch wirklich durchgeführt wird, weil die Organisation noch verpflichtet ist, zur Unterhaltung des Arbeitsnachweises jährlich gegen 800 Mark zu zahlen. Es wurden 509 Stellen mit Verbandsmitgliedern besetzt und zwar 269 Kolleginnen und 240 Kollegen. Nach dem Bericht des Arbeitsnachweises im Jahre 1907 (1. April bis 31. Dezbr.) sind 1057 männliche und 1488 weibliche Arbeitslose zu verzeichnen gewesen; an Stellen wurden besetzt 208 für männliche, 641 für weibliche Arbeitssuchende, mithin verblieben 849 männliche und 847 weibliche Arbeitslose. Dennoch besitzen die Buchdruckerbesitzer Leipzigs die Kühnheit, der Öffentlichkeit weiszumachen, es mangle an Personal und engagieren obendrein noch aus der Schule entlassene Mädchen mit 2- bis 3-, ja sogar 4-jährigen Lehrverträgen. Auch die Erscheinung der wirtschaftli-

chen Krise bedeutet einen Stillstand in der Gewerkschaftsbewegung. Auch das Steindruckgewerbe ist von der gegenwärtigen Krise stark ergriffen worden und findet ihre teilweisen Ursachen in der Aussperrung vom Jahre 1906. Auch die verschiedenen technischen Neuerungen lassen ihre Wirkung in den einzelnen Berufsgruppen recht unangenehm erscheinen; denn durch die Einführung des Inlegeapparates an der Buchdruckerschnellpresse wird das weibliche Hilfspersonal verdrängt. Mit Rücksicht auf diesen Umstand machte sich unsere Organisation zur Pflicht, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die von dem Verein Leipziger Buchdruckerbesitzer eingeführten 2- bis 3-jährigen Lehrverträge für Buchdruckerinnen zu protestieren, was auch Erfolg hatte. Die am 16. November 1908 in Berlin tagende Tarifkonferenz erklärte alle derartigen Lehrverträge für ungültig. Eine nennenswerte Veränderung im Mitgliederbestande ist gegen das Vorjahr nicht zu verzeichnen, sondern ist gegen die früheren Jahre ein stabilerer geworden, was man aus den 88 457 Beiträgen im Jahre 1908 gegen 75 053 geleistete Beiträge im Jahre 1907 erhellt. Die Zahlstelle zählte am Schlusse des Jahres 1908 690 männliche und 1541 weibliche Mitglieder, zusammen 2231 Mitglieder. Die Verwaltungsgeschäfte wurden erledigt durch 8 Mitglieder, 2 General-, 5 Bezirks- und 2 Steinschleifer-Verfassungen. Weiter fanden statt: 7 Vorstandssitzungen mit den Vertrauensleuten, 19 Sitzungen mit den Lohn- und Beschwerverechnungen, 2 mit dem graphischen Kartell, 3 mit dem Gewerkschaftskartell, 3 mit den Bezirkskassierern, 8 mit den Festkomitees, 4 mit den Verbands- tagsbelegierten und 44 ordentliche Vorstandssitzungen, insgesamt 90 Sitzungen. Zur Erledigung tariflicher Differenzen fanden 13 Konferenzen mit einzelnen Prinzipalen und deren Vorstehenden statt. Zum Zwecke der Agitation und Beilegung verschiedenartiger Differenzen fanden 199 Betriebsversammlungen in 57 Betrieben statt. Außerdem fanden noch eine Anzahl Betriebsbesprechungen statt, zu denen Verwaltungspersonen nicht herangezogen wurden. Der Kassierer Kollege Wolken erstattete Bericht über die Kassenverhältnisse, aus dem zu ersehen ist, daß am 31. Dezember 1907 ein Kassenbestand von 6691,54 Mk. vorhanden war, hierzu kommt eine Einnahme von insgesamt 33 380,47 Mk., der eine Ausgabe von 31 011,04 Mk. gegenübersteht; verbleibt mithin am 31. Dezember 1908 ein Kassenbestand von 9060,87 Mk. Hervorzuheben ist die Steigerung der Unterstützungsauszahlung. Die Arbeitslosenunterstützung stieg von 3098,80 Mk. auf 6554,40 Mk., die Krankenunterstützung von 1895,10 Mk. auf 2851,05 Mk., die Wöchnerinnenunterstützung von 444 Mk. auf 502 Mk., Sterbegeld und Kranzspende von 79 Mk. auf 206 Mk. Neu eingeführt ist die Unterstützung für militärische Werbung, die sich insgesamt auf 282 Mk. beläuft. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Dann folgte der Bericht vom Gewerkschaftskartell und der Vertreter der Generalversammlung der Ortskrankenkasse. Es wurde vorgeschlagen, 1000 Mark an den Fonds zum Volkshaus abzugeben. Als Redizoren wurden die Kollegin A. Sittte sowie die Kollegen A. Kochmann, H. Richter und W. Billig wiedergewählt. Auch ist die Wahl von 7 Bezirkskassierern erfolgt. Das Wahlergebnis für das Agitationskomitee lautet: G. Hellwig, B. Glas, A. Köhler, A. Krehshmar und F. Köfer, sowie die Kolleginnen A. Brüdner und M. Fischer, als Ersatz die Kolleginnen M. Wode und A. Pfeißner und die Kollegen P. Krafft und D. Hielemann. Solange Schulze macht nochmals auf das 11. Stiftungsfest aufmerksam und wünscht, daß der Besuch ein recht zahlreicher sein möge. In seinem Schlusswort ermahnt er die Kollegenschaft, recht fest zusammen zu halten und einig und stark zu sein, um durch das Mitwirken eines jeden Mitgliedes die Organisation voll und ganz auszubauen. Mit einem dreifachen Hoch auf die Zahlstelle und den Gesamtverband wurde die Versammlung geschlossen.

Mülhausen i. E. Wir Mülhausener sind gewiß nicht diejenigen, die den Räum der „Solidarität“ allzuviel in Anspruch nehmen, man könnte vielleicht der Ansicht sein, wir wären zu phlegmatisch, um zu schreiben. Das trifft aber ganz sicher nicht zu, wir haben ganz gut gearbeitet während der Zeit, und wenn der Erfolg nach außen auch noch nicht gerade als überwältigend bezeichnet werden kann, so haben wir doch an der Festigung nach Innen sehr viel gewonnen und können mit unserer Arbeit, in Anbetracht der Verhältnisse und Anschauungen, die hier noch vorhanden sind, recht zufrieden sein. Unter allzu großer Agitation von Seiten unserer sonst rührigen Hauptverwaltung in Berlin hatten wir bisher nicht zu leiden. Zwar war Kollegin Thiede seit den 2 1/2 Jahren, welche unsere Zahlstelle be-

steht, schon des öfteren in Bahr, Karlsruhe und Straßburg, aber zu uns hat sie anscheinend den Weg nicht finden können. Wir sind jedoch deshalb noch nicht zu Grunde gegangen und endlich hat man sich unserer auch erbarmt. Am 12. Februar war unser Gauleiter, Kollege Werner aus Stuttgart, erschienen und referierte in einer öffentlichen Versammlung über das Thema „Unser Kampf ums Dasein und wie erleichtern wir uns denselben?“ In ca. fünfviertelstündigem Vortrag schilderte er den Anwesenden in großen Zügen den Kampf ums Dasein, wie ihn die Menschheit seit ihrem Bestehen, vom Urzustande bis zum heutigen kapitalistischen Zeitalter, zu führen hatte. Namentlich unser gegenwärtiger Kampf auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete wachte der Referent recht ausführlich zu erläutern und in allererster Linie schilderte er, welche Rolle die organisierte Arbeiterschaft, einerlei welchen Geschlechts, im gegenwärtigen Daseinskampfe zu übernehmen hat. Gleichzeitig mit diesen Ausführungen unterliesen auch Mitteilungen über Art und Wesen der Gewerkschaften, ihr Entstehen und ihre Aufgaben in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Zum Schlusse kam Redner hauptsächlich auf unseren Verband zu sprechen, indem er in kurzen Zügen auf die Leistungen desselben aufmerksam machte und die Mitglieder aufforderte, fest zusammenzuhalten und durch Agitation von Mund zu Mund zur Stärkung der Zahlstelle Mülhausen beizutragen, damit auch bald von hier berichtet werden kann, daß Mülhausen zu den Tariforten gezählt werden muß. Reicher Beifall belohnte den Redner für seine Ausführungen. Eine Diskussion wurde nicht beliebt und nach einigen kleineren Bemerkungen des Vorsitzenden konnte Kollege Werner in seinem Schlussworte noch auf das in München neugeschaffene Statut des näheren eingehen, gleichzeitig der Versammlung vorschlagend, wie von Verbandstag zu Verbandstag für die Mitglieder Verbesserungen durchgeführt worden sind. Von Seiten der Ortsverwaltung ist alles geschehen, um die Versammlung würdig zu gestalten. Die kolossale Rückständigkeit der hiesigen Bevölkerung und nicht zum mindesten auch der Umstand, daß in kurzer Zeit die zwei größten Druckerien hier auch für die Buchdrucker durch Streik verloren gingen, bewirkten, daß diese Mühe nur teilweise belohnt wurde, doch konnten immerhin einige Neuaufnahmen gemacht werden. Unsere Mitglieder waren vollzählig erschienen. Mögen sie das Gehörte beherzigen. Wenn uns früher herartige Agitation zur Seite gestanden hätte, es wäre vielleicht manches anders in unserer Industrie-Metropole.

Literatur.

Völkerfrühling. Diesem Symbol ist die „März-Zeitung“ gewidmet, die der Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, in diesem Jahre herausgibt. Die sechzehn Seiten starke Schrift wird zahlreiche, sorgfältig ausgewählte Illustrationen bringen. Das große Mittelbild ist eine Abbildung von Legros. Daneben werden Meunier, Daumier vertreten sein. Der Preis ist auf 20 Pf. festgesetzt.

In Freien Stunden. Heft 7 und 8 sind erschienen und bringen die Fortsetzung des spannenden Romans „Penitworth“ von Walter Scott sowie den Schluß der Erzählung aus der russischen Revolution „Kummerjahre“. Im 9. Heft beginnt eine längere Erzählung „Erinette“ von dem bekannten holländischen Dichter Hermann Heijermans, der hier die Schicksale einer belgischen Arbeiterin schildert. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von

10 Pf. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporteurs. Probenummern gratis vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Versammlungskalender.

Chemnitz. Die Mitglieder der Zahlstelle werden aufmerksam gemacht, daß die Versammlung am 10. März (Mittwoch) nicht stattfindet, sondern auf den 17. März verschoben wird.

Karlsruhe. Öffentliche Versammlung am 8. März, abends 7 1/2 Uhr, im „Jägerhaus Böwen“. Referent: Kollege Werner-Stuttgart. Thema: „Unser Kampf ums Dasein und wie erleichtern wir denselben“.

Magdeburg. Versammlung am 14. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, im „Kasino“, Ecke Breiter Weg und Kaiser Wilhelmplatz. Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Die Ursachen und Wirkungen der Krise. Referent: Gewerkschaftssekretär Karl Mößinger. 3. Wahl eines Arbeitsnachweisverwalters. 4. Verschiedenes. — Nachdem Tanztränzchen.

Adressenveränderungen.

Danzig. Vorsitzender: E. Barwin, Danzig-Bangfuhr, St. Michaelsweg 59. Kassierer: F. Drossel, Danzig, Hinter Ablerstr. 11, 1 Tr.

Darmstadt. Kassierer: Kollege Menges, Feldbergstr. 82. Unterstützungen werden nur ausgezahlt Samstag abends von 6-7 Uhr.

Briefkasten.

Beimar u. a. Um unliebsame Verzögerungen zu vermeiden, bitten wir, alle die Zeitung betreffenden Mitteilungen, Bestellungen usw. nicht an die Verbandsvorsitzende oder den Kassierer zu richten, sondern nur an die Adresse der Redaktion. — Wegen Stoffmangel müßten mehrere Einsendungen zurückgestellt werden.

Anzeigen

Unserem lieben Kollegen
Max Dietrich
und seiner lieben Braut
Fräulein Elsie Käfer
sendet die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer am
6. März stattfindenden Hochzeit
die Zahlstelle Stuttgart.

Am Sonntag, den 28. Februar, verstarb nach
langem schweren Leiden unser treuer Kollege
Alfred Meiner
aus der Firma Perzer & Co.
in dem blühenden Alter von 19 Jahren.
Ein ewiges Andenken bewahrt ihm
die Zahlstelle Straßburg i. E.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Zahlstelle Leipzig.

Dienstag, den 9. März 1909, abends 7 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im „Pantheon“, Dresdenstraße 20.

Tagesordnung:

1. Vortrag über die neue Gewerbeordnungs-Novelle. Referent: Arbeitersekretär Mylan.
2. Mitteilungen über Verbandsangelegenheiten und Diskussion zu allen Punkten.

Infolge der sehr günstigen Versammlungszeit erwarten wir zahlreichen Besuch aller Verbandsmitglieder.

Im Auftrage:
Der Gauvorstand. D. Schulze.

NB. Am Mittwoch, den 10. März (tägliches Festtag) findet ein Familien-Ausflug nach Tauda statt zu Ehren unserer Mitgliedschaft im „Pantheon“.

Abmarsch 2 Uhr nachmittags vom „Pantheon“, 1/2 8 Uhr Schützenhaus-Sellerhausen.

Perreinszeichen sind anzulegen. — Zahlreiche Teilnahme erwartet

Der Vorstand.

Beilage zur „Solidarität“

Nr. 10.

Berlin, den 6. März 1909.

15. Jahrgang.

Carif-Schiedsgericht für das Buchdruckerei-Hilfspersonal Berlins und Umgebung.

Sitzung am 10. Februar 1909.

Zur Verhandlung stehen 6 Klageanträge. Vor Eintritt in die Tagesordnung bemängelt der Prinzipalvorsitzende, daß entgegen seinem Wunsch, ein in der Sitzung vom 13. Januar gefälltes Urteil in der „Solidarität“ veröffentlicht worden sei. Es wurde nämlich damals die Note 143 des Kommentars zum deutschen Buchdruckertarif nicht inbetracht gezogen, aus der hervorgeht, daß Unterschriften, welche die Kündigung ausschließen, nicht verboten sind. Werden solche Unterschriften geleistet, dann haben beide Parteien das Recht auf Klage vor den Tarifinstanzen verwirkt.

Der Vorsitzende des Hilfspersonals widerspricht dieser Auffassung. Nach den Erläuterungen zu § 7 der Allgemeinen Bestimmungen ist in jedem Falle eine Kündigung vorzusehen, diese muß mindestens eine Woche betragen. Die Kommentierung des Buchdruckertarifs ist in diesem Falle nicht für das Hilfspersonal anwendbar, weil das Verlangen der Prinzipale durch Unterschriften, mit dem Ausschluß der Kündigungsfrist einverstanden zu sein, auf Grund der gefassten Beschlüsse als tarifwidrig bezeichnet werden muß. Die Veröffentlichung ist erfolgt, um eine prinzipielle Entscheidung herbeizuführen.

Das Schiedsgericht nimmt die beiden Erklärungen zur Kenntnis und sieht von einer Beschlusfassung ab.

1. Das Rotationspersonal einer Berliner Zeitungsdruckerei klagte auf Weiterzahlung der in einem Vertrag vom Jahre 1903 festgesetzten jährlichen Zulagen auch für diejenigen Hilfsarbeiter, welche nach dem 13. Mai 1907 bei der Firma eingetreten sind. Die Klage wird wie folgt begründet:

Im November des Jahres 1903 schloß die beklagte Firma mit dem Personal der Rotationsabteilung einen Vertrag, der in den Jahren 1904, 1905 und 1906 ergänzt resp. abgeändert wurde. Die Vertragsdauer ging bis zum November 1908. In der Hauptsache ist im Vertrage die Arbeitszeit und Entlohnung festgelegt. Nach Inkrafttreten des Hilfsarbeitertarifs weigerte sich die Firma, die im Vertrage festgelegten jährlichen Zulagen auch an diejenigen Arbeiter zu zahlen, welche erst nach dem 13. Mai 1907 bei der Firma eingetreten sind. Ein Tarifschiedsgerichtsursprung vom Dezember 1907 sprach dem vor dem 13. Mai 1907 eingetretenen Personal diese Zulage zu. Nun wurde im vorigen Jahre von den Buchdruckergehilfen ein Beschluß ihrer Tarifinstanzen veröffentlicht, nach welchem zweifellos die in Frage kommenden Zahlungen auch denen gewährt werden müssen, die während der Vertragsdauer, also bis zum Schlusse des Jahres 1908, in das Geschäft eingetreten sind, zumal der Vertrag von keiner Seite gekündigt wurde, was bei einer fünfjährigen Vertragsdauer, falls man denselben als erlebigt betrachten will, gesehen muß. Der hier in Frage kommende Tarifausschußentscheid, welcher nach den Festlegungen der Konferenz im November 1908 in Berlin auch für den Hilfsarbeitertarif Geltung hat, lautet:*)

*) Anmerkung der Redaktion: Die Kläger fanden sich bei der Formulierung der Klagebegründung insofern im Irrtum, als sie annahmen, daß der folgende Passus einen Beschluß des Tarifausschusses darstellt. Es handelt sich, wie wir in der Zwischenzeit feststellen konnten, lediglich um eine ausführlichere Interpretation der Note 6 zu § 1 des Buchdruckertarifs, die der Gauvorstand der Berliner Buchdrucker im September vorigen Jahres in seinen „Mitteilungen“ veröffentlicht, also keine offizielle Äußerung einer Tarifinstanz ist. Wir bringen die Stelle dennoch zum Abdruck, weil sie in ihrem zweiten Teile als eine Begründung der Klage anzusehen ist.

„Bestehende bessere Verhältnisse bezüglich Lohn- und Arbeitszeit sollen beim Uebergange vom alten in das neue Tarifverhältnis nicht verschlechtert werden (§ 1 Note 6 des Kommentars). Diese Bestimmung ist zwar nicht ausdrücklich in den Tarif aufgenommen, jedoch seitens des Tarifausschusses anerkannt worden.

Bzüglich der Arbeitszeit stehen nun einzelne Prinzipale auf dem Standpunkte, daß es genügt, entsprechend dem § 1 des Tarifs die Arbeitszeit in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends festzulegen, wenn sie nur 9 Stunden nicht überschreitet, unbeschadet der vorherigen Festlegung, ob die bisherige Arbeitszeit nur eine deutsche oder durchgehende 8½-stündige war. Dem ist jedoch nicht so. Erstens ist kein Prinzipal berechtigt, die Arbeitszeit willkürlich zu verlegen, da früherer oder späterer Arbeitsbeginn und -beendigung zu der besseren Arbeitszeit gerechnet werden kann. Ebenso unstatthaft ist die Umwandlung der durchgehenden 8½-stündigen Arbeitszeit in die deutsche 9-stündige. Es liegt in der Natur der Sache, daß die durchgehende Arbeitszeit, speziell in der Großstadt ein bestehendes besseres Verhältnis darstellt, da man unmöglich einem Gehilfen zumuten kann, sich für denselben Lohn eine längere Arbeitszeit aufnötigen zu lassen. In der Note 6 des Kommentars, laut welcher eine Firma verfuhr, die bisher bestehende 8½-stündige Arbeitszeit in die 9-stündige umzuwandeln, hat das Tarifamt ausdrücklich entschieden, daß die Verlängerung der Arbeitszeit nicht statthaft ist und zwar auf Grund der Stellungnahme des Tarifausschusses. Diese Stellungnahme gilt für die Dauer der gesamten Tarifperiode. Denn wenn bestehende bessere Verhältnisse beim Uebergange vom alten in das neue Tarifverhältnis nicht verschlechtert werden dürfen, so erst recht nicht während der Dauer der Tarifperiode. Was für die Arbeitszeit gilt, ist auch auf die Entlohnung anzuwenden. Haben z. B. die Kollegen mit einer Firma ein höheres Anfangsminimum vereinbart, so kann die Firma während der Tarifperiode nicht erklären, daß sie die getroffenen Abmachungen nicht für bindend erachte und Gehilfen von nun an nur zum tariflichen Minimum einstelle, denn getroffene Vereinbarungen gelten nicht allein für das jeweilig im Geschäft tätige Personal, sondern sind bindend für den Betrieb.“

Das Hilfspersonal steht nun auf dem Standpunkte, daß hier, wenn auch im Vertrage kein höheres Minimum als wie im Tarif vorgeesehen ist, ein besseres Lohnverhältnis durch die jährlichen Zulagen besteht, das während der Tarifperiode nicht verschlechtert werden darf, weil es sonst gegen die ausdrücklichen Bestimmungen des Tarifausschusses und des § 14 der allgemeinen Bestimmungen verstoßen würde.

In der Verhandlung stehen die Prinzipalvertreter auf dem Standpunkte, daß es bei dem im Dezember 1907 ergangenen Schiedsgerichtsursprung sein Bewenden haben müsse. Der angezogene Tarifausschußbeschuß sei ihnen nicht bekannt, jedoch wollten sie das Bestehen desselben, obwohl er nicht vorgelegt werden könne, nicht bestreiten. Nebenfalls sei das in demselben angezogene Beispiel der Vereinbarung eines höheren Anfangsminimums nicht für den vorliegenden Fall anwendbar, da es sich hier um Zulagen handle, die gewissermaßen als eine Belohnung für eine längere Arbeitsdauer, die bei der Firma zugebracht worden ist, anzusehen sei. Ueberdies habe der Vertrag durch Zeitablauf sein Ende erreicht.

Die Vertreter des Hilfspersonals führen aus, daß durch das im Dezember 1907 erfolgte Urteil des Schiedsgerichts, welches jenem Teile des Personals, welches beim Inkrafttreten des Hilfsarbeitertarifs bei der Firma in Stellung war, auch die vertraglichen Zulagen zusprach, diese mit zu den bestehenden besseren Lohnverhältnissen gerechnet wurden. Der in der Zwischenzeit erfolgte Tarifausschußentscheid

sei analog für den Hilfsarbeitertarif bergestalt zu interpretieren, daß die vertraglichen Zulagen für den ganzen Betrieb, d. h. also auch nach dem Inkrafttreten des Hilfsarbeitertarifs eingetretene Personal gewährt werden mußte. Der geschlossene Vertrag bestehe noch, weil er von keiner Seite gekündigt wurde.

Da eine Einigung nicht herbeizuführen war, wurde die Klage mit *Stimmengleichheit* abgewiesen.

2. Die Falzer eines anderen Zeitungsbetriebes klagten auf Ungültigkeitserklärung eines im Jahre 1907 abgeschlossenen Hausvertrages. Der Sachverhalt ist folgender: Die beklagte Firma schloß mit den feinerzeitigen Vertrauensleuten der Abteilung Falzerei einen Hausvertrag, der die Arbeitszeit entgegen der tariflichen Bestimmungen auf 10 Stunden festsetzte. Das Ersuchen des Personals, diese Arbeitszeit zu ändern, wurde von der Geschäftsleitung abgelehnt mit dem Hinweis, daß der Vertrag gültig ist, eine Abänderung der Arbeitszeit deshalb nicht nötig erscheint. Die Beklagte legt den abgeschlossenen Vertrag vor, aus dem zu ersehen ist, daß die Entlohnung der Falzer 32 Mark pro Woche beträgt. Die Arbeitszeit ist wie folgt festgelegt: Nachmittags von 4—7 Uhr und nachts von 11 bis morgens 6 Uhr. Während der Nacharbeit wird eine halbe Stunde Pause gewährt. Außerdem hat jeder Falzer monatlich zwei freie Nächte, auch werden die Ueberstunden extra bezahlt. Im Absatz 5 des Vertrages behält sich die Beklagte vor, die Arbeitszeit zu verlegen. Die Bestimmungen des oben angezogenen Vertrages gelten bis zum Jahre 1911.

Nach längeren Verhandlungen wird die Klage mit *Stimmengleichheit* abgewiesen. Die Prinzipalbeisitzer vertreten folgenden Standpunkt: Es müsse als zweifellos hingestellt werden, daß im allgemeinen Verträge, welche dem Tarif zuwiderlaufen, ungültig seien. Ausnahmen könnten jedoch stattfinden in einem Zeitungsbetriebe, um den es sich im vorliegenden Falle handelt. Im völligen Einverständnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sei unter Mitwirkung von Vertretern der beiderseitigen Organisationen auf Grund der besonderen tatsächlichen Arbeitsverhältnisse in bewußter Abweichung von den tariflichen Vorschriften für die Dauer des geschlossenen Hilfsarbeitertarifs der Vertrag zustande gekommen, welcher auch von beiden vertragstheilenden Parteien durchgehalten werden müsse.

Die Vertreter der Arbeitnehmer dagegen nehmen den Standpunkt ein, daß der Vertrag für ungültig zu erklären sei und zwar, weil 1. anstatt der im Tarif vorgeschriebenen 8-stündigen Arbeitszeit das Personal 10 Stunden arbeiten müsse. 2. Würde die Mehrarbeit durch den höheren Pauschalohn von 32 Mk. pro Woche nicht tariflich bezahlt. Wenn diese Zeit als Ueberstunden tariflich entlohnt würde, so hätten die Falzer einen Anspruch auf 340 Mk. mehr Lohn, als sie jetzt erhalten und 3. dürfe von dem Personal nicht ständige Ueberstundenarbeit verlangt werden.

3. Das Rotationspersonal derselben Firma klagt auf Abschaffung der regelmäßigen Ueberstunden. Die Geschäftsleitung verlangt von einer Schicht, welche von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens arbeitet, daß ein Teil dieser Schicht schon um 9 Uhr abends antritt. Demnach hat das ganze Personal regelmäßig 3mal in der Woche diese Ueberarbeit zu leisten. Hinzu kommt noch, daß am Sonntagabend um 8 Uhr abends angefangen wird, und 9 Arbeiter von 3 Uhr nachmittags an arbeiten müssen. § 3 des Tarifs besagt, daß regelmäßige Ueberstunden tunlichst zu umgehen sind. Wo dies nicht möglich ist, hat das Personal dieselben möglichst wechselseitig zu leisten.

Aus der mündlichen Verhandlung geht hervor, daß in der betreffenden Schicht 20 Mann arbeiten, von denen abwechselnd 7 Mann schon um 9 Uhr an-

treten müssen. Des weiteren geben die Vertreter der Mäger selbst zu, daß auf jeden Arbeiter pro Woche etwa 5 Ueberstunden kommen.

Das Schiedsgericht kann aus dem Sachverhalt nicht erkennen, daß eine Ueberlastung des Personals vorliegt. Die Mäge wird daher einstimmig abgewiesen.

4. Mäge eines Falzers auf Bezahlung des tariflichen Lohnes von 27 Mk. wöchentlich. Mäger ist bei der beklagten Firma ca. 1½ Jahre beschäftigt. Die Arbeitszeit ist eine geteilte. Als Lohn erhält Mäger 21 Mk. pro Woche.

In der mündlichen Verhandlung behaupten die Vertreter der beklagten Firma, daß der Mäger zwar als Falzer angenommen sei, jedoch zu einem geringeren Lohne, weil er nicht als Vollarbeiter gelten könne.

Das Schiedsgericht erklärt, daß ein Falzer nur eine halbjährliche Lehrzeit zu absolvieren hat. Da Mäger bereits 1½ Jahre in der Firma tätig ist, muß er als vollwertiger Arbeiter bezichtigt werden. Die Beklagte wird einstimmig verurteilt, dem Mäger den tariflichen Lohn von 27 Mark zu bezahlen.

5. Ein Saalarbeiter klagt auf Bezahlung der Extrararbeit am 1. und 2. Weihnachtsfeiertag sowie am Neujahrstage. Mäger wurde an den genannten Tagen je 3 Stunden mit Heizen der Druckerräume beschäftigt. Diese Stunden wurden von der Firma nicht bezahlt mit der Begründung, daß dem Mäger ja die Feiertage nicht abgezogen werden. Der Beklagte behauptet in der Verhandlung, daß der Mäger auf die Bezahlung verzichtet habe. Nach Vorlegung des Lohnbuchs muß derselbe zugeben, daß er die betreffenden Extrastunden in demselben gestrichen resp. wegradiert hat.

Das Schiedsgericht kommt zu folgendem einstimmig gefaßten Urteil: Die Beklagte ist verpflichtet, die betreffende Extrararbeit zu bezahlen. Die Arbeit ist, wie einwandfrei feststeht, geleistet worden und hierfür hat der Mäger die tarifliche Entlohnung zu beanspruchen.

6. Eine Anlegerin klagt auf Bezahlung von 17 Mk. wegen Entlassung ohne Einhaltung der Kündigungsfrist. In der mündlichen Verhandlung macht der Firmeninhaber geltend, daß die Mägerin noch nicht 4 Wochen bei ihm beschäftigt war, als sie entlassen wurde. Des weiteren gibt er zu, daß die Mägerin nicht zur Anstellung angenommen worden sei, sondern ihr bedeutet wurde, daß die Stellung eine feste sei.

Nach der Belehrung durch den Vorsitzenden, daß es darauf nicht ankomme, ob die Mägerin vier Wochen beschäftigt war oder nicht, sondern darauf, ob ihr gesagt worden wäre, daß die Stellung eine dauernde sei, erklärt sich der Beklagte zur Zahlung von 17 Mk. bereit, worauf die Mäge zurückgenommen wurde.

Korrespondenzen.

Chemnitz. Fortsetzung der Generalversammlung vom 17. Februar. Kollege Lindner gibt zunächst bekannt, daß die Vorstandssitzung beschlossene habe, den Gauleiter Franz Hermann zu dieser Versammlung hinzuzuziehen. Derselbe hielt einen Vortrag über „Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit“. Redner weist an der Hand von gut ausgearbeitetem Material nach, daß Ueberproduktion die Arbeitslosigkeit mit sich bringe und der bekannte Blockreichstag auf der anderen Seite Sorge trägt, die Arbeitslosigkeit noch zu erhöhen durch die bekannten Zolltarife, welche mit Hilfe des Blocks auch durchgedrückt wurden. Sein vortreffliches Referat schloß er mit den Worten: „Kollegen und Kolleginnen! Wenn Sie all die Zeit über die Augen offen gehalten hätten, wenn Sie nur einen Augenblick darüber nachgedacht hätten über all die Mißstände, welche alle die Mägen verursachen, die man jetzt allfänglich hört, wenn Sie einmal versucht hätten, die Ursachen zu ergreifen, welche zu diesen Verhältnissen geführt haben, und wenn Sie sich auch einmal die Tatsache vor Augen gehalten hätten, daß Sie in den Augen der Unternehmer nur ein Ausbeutungsbjekt, eine Ware oder eine Maschine sind, die man in das alte Eisen wirft, sobald sie nicht mehr gebrauchsfähig ist, und noch dazu eine billige Maschine, denn sie kostet dem Arbeitgeber nichts, dann müßten unsere Berufscollegen und Kollegin-

nen schon längst zu der Ueberzeugung gekommen sein, sich ihrer gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. — Bei der dann stattfindenden Neuwahl wurden wiedergewählt: Kollege Lindner als erster Vorsitzender, Kassiererin Kollegin Müller. Als Beisitzer wurden gewählt Kollege Ihnert und die Kolleginnen Landgraf, Hofmann, Bernhardt und Mühl. Die letztgenannten waren nur schwer zu bewegen, ein Amt anzunehmen. Hierin sieht man wieder die Interessenslosigkeit unserer Kollegen. Sie sagen sich einfach, ich zahle meine Steuern, ich gebe auch ab und zu einmal in die Versammlung, aber mit helfen, daß die hiesige Zahlstelle zu größerem Ansehen gelangt, davon kann wohl keine Rede sein. Ich glaube doch ganz gewiß, daß es die Chemnitzer Kollegen nötig hätten, da für sie noch unbeschreibliche Zustände bestehen. Darum auf, Kollegen, werdet munter und seid tätig für Eure Organisation! T. L.

Dresden. Am 23. Februar fand im Volkshaus eine Mitgliederversammlung statt. Der Vortrag des Herrn Naturarzt Scholta: „Der Einfluß der Berufsarbeit auf die Entstehung von Berufskrankheiten“ mußte, da der Referent trotz dreiviertelstündigen Wartens leider nicht erschien, von der Tagesordnung abgesetzt werden. Sodann gab Kollege Paul Hermann die Rekonstitutionierung der Verwaltung bekannt: 1. Vorsitzender Paul Hermann, 2. Vorsitzender Franz Hermann, 1. Schriftführer Otto Gubisch, 2. Schriftführer Max Henker, Ebmann der Revisoren: Max Thürsch. Hierauf wurde auf die am 26. Februar stattfindende, vom Stadtrat angeordnete Arbeitslosen-Zählung, welche nach einem Wechselplan vorgenommen werden soll, aufmerksam gemacht. Dergleichen soll nächstens von den Gewerkschaften eine Hauszählung, wozu bereits eine Kommission ernannt wurde, bewerkstelligt werden. Der Redner betonte außerdem noch, daß in der Stadtverordnetenversammlung die Mittel für eine Unterstützung der Arbeitslosen, sowie zur Speisung armer Schulkinder nicht bewilligt wurden. Auch die drei großen Versammlungen, welche wegen dieser Ablehnung stattfinden sollen, wurden erwähnt und zum Besuch derselben aufgefordert. Sodann wurden die von Vergnügungsauschuß für das laufende Jahr in Aussicht genommenen Veranstaltungen bekannt gegeben. Für Sonntag, den 7. März, ist die Besichtigung des Medico-Mechanischen Instituts, Wienerstraße, bestimmt. Den 20. März: Tanabend in der Zentralthalle, Exzursion nach dem Hofbrauhaus. 27. Juni: Partie nach Röhms, 15. September: Feier des 10-jährigen Stiftungsfestes im Kristallpalast, 31. Oktober: Firmenfeier bei Ham, 27. November: Tanabend in den Blumenfälen. Auf das Stiftungsfest wies der Redner noch besonders hin mit dem Wunsche, daß sich bis dahin die wirtschaftliche Lage verbessert haben möchte. Um die untergeordneten Kolleginnen und andere weibliche Teilnehmer zu einem Beitrag zur Deckung der Unkosten bei Vergnügungen mit heranzuziehen, wurde ein Antrag des Kollegen Franz Hermann angenommen, welcher besagt, daß in Zukunft diese Personen 20 Pf. Tanzbeitrag leisten. Ferner wurden noch für eine erweiterte Vergnügungskommission die Kollegen Behrens und Pfob und die Kollegin Gifran gewählt. Um die Versammlung interessanter zu gestalten, erbot sich Kollege Sünberhan, einen Vortrag über die Entstehung der Erde und des Menschenschlechts zu halten. Der Vortragende beherrschte sein Thema vollständig und erntete reichen Beifall für seine interessanten, lehrreichen Ausführungen. Zum Schluß nahm Kollege F. Hermann nochmals das Wort und betonte, daß sich die nächste Versammlung mit den bisherigen Maßnahmen unserer reaktionären Prinzipale, wogegen wir unbedingt Front machen müssen, beschäftigen wird. H. Kr.

Heilbronn a. N. Am 14. Februar hielt die hiesige Zahlstelle ihre Generalversammlung ab, die 24 von 38 Mitgliedern besuchten. Das verlesene Protokoll wurde genehmigt. Der vom Kollegen Schwan erhaltene Rechenschafts- und Kassenbericht fand die Genehmigung der Versammlung. Ein vom Genossen Kommeister gehaltenen Vortrag über Zweck und Ziele der Gewerkschaftsbewegung wurde beifällig aufgenommen. Der neugewählte Ausschuß legt sich wie folgt zusammen: Kollege Schwan Vorsitzender und Kassierer, Kollegin Adelsheim Schriftführerin, Beisitzer sind die Kolleginnen Mändle, Wähler, Delinger und Kollege Feyerabend. Unter Berücksichtigung wurden noch einige Internas erledigt, worauf um 6 Uhr Schluß der Versammlung erfolgte mit dem Wunsche, käftig weiterzuarbeiten an dem Ausbau der Organisation, und derselben noch viele der bis jetzt Arbeitsstehenden zuzuführen, um vereint, als geschlossenes Ganze, Vor-

berungen, der jetzigen Lebenshaltung entsprechend, erfolgreich durchdrücken zu können. — Ein gemüthliches Tanzen vereinte noch die Kollegenchaft in froher Stimmung. E. A.

Zwickau. Infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse konnten in der letzten öffentlichen Versammlung die Kollegen und Kolleginnen der Ljizijn Jöyter und Morris, so wurde uns berichtet, nicht erscheinen. Man ist an uns mit dem Wunsche herangetreten, eine weitere Versammlung zu arrangieren. Dem haben wir entsprochen. Aber siehe da, trotz heiteren Wetters, juristisch sowie mündlicher Einladung hat das dortige Hilfspersonal es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Diese Stellungnahme uns gegenüber ist tief zu bedauern. Das Gros des Hilfspersonals befindet sich in genannter Ljizijn und sie allein tragen die Schuld, daß wir in unserer Aktionsfähigkeit gehindert werden. Hoffentlich tritt bald ein Wandel herein ein. Als Referent war der Vorsitzende des Ortsvereins Dr. Jöyter Buchdrucker, Herr Redakteur Hermann Raifer erschienen. In glänzender Weise hielt derselbe ein Referat über: „Warum organisieren wir uns?“ „Bedauerlich ist es, daß wir im Zeitalter der Elektrizität uns noch mit tiefer Frage beschäftigen müssen. Die heutige kapitalistische Gesellschaft müßte auch dem Hilfspersonal zu denken gegeben haben. Ihr Mißlassenbewußtsein müßte auch diese erkannt haben. Redner ließ die Produktionsverhältnisse der Vergangenheit und Gegenwart Revue passieren. Die elementaren Kräfte in den Dienst der Menschheit gestellt, haben dieser nicht das gebracht, was sie bringen sollten: Schonung der menschlichen Arbeitskraft und individuelle Freiheit, sondern moderne Sklaven und Arondienst und Arbeitslosigkeit; trotz Ausschaltung der Arbeitskräfte Ueberproduktion. Das Feudalssystem der Vergangenheit hat sich bis in unsere Zeit hinein erhalten. Trotzdem es nicht mehr in unsere Zeitverhältnisse hineinpaßt. Durch dieses „Feudalssystem“ wird den Arbeitern die Möglichkeit geraubt, mit seiner Familie zu existieren. Die kapitalistische Gesellschaft mit ihrer Raubpolitik auf menschliche Arbeitskraft macht nicht vor den Toren der Familie halt; rücksichtslos werden die Bande der Familie zerrissen. Die Mutter wird von ihren Kindern gerissen und hineingezwungen in dumpe Fabriksäle. Unsere Dichter haben die Hausfrau in allen Tonarten besungen, doch die Sprache der Dichter wird zum blutigen Hohn. Die weibliche Arbeitskraft ersetzt einen großen Teil der männlichen. Als Folgeerscheinung der Ueberproduktion und Erhebung der männlichen durch weibliche Arbeitskräfte ist auch die jetzige Arbeitslosigkeit zu betrachten. Diese furchtbare Weisel habe fast jede Arbeiterkategorie erfaßt und die Gewerkschaften sind es, die in erster Linie ihren Mitgliedern helfend zur Seite stehen. Staat und Kommunen bekümmern sich nicht das Geringste um den Arbeitslosen. Man sollte es den Gewerkschaften Dank wissen, daß diese einen großen Teil der Armenlasten eben durch ihre Arbeitslosenunterstützung übernehmen. Leider sei das Gegenteil der Fall. Redner geht noch des näheren auf die gegenwärtige Krise ein und meint, eine Besserung der Lage der Arbeiter sei nur ein festes Zusammenhalten sämtlicher Arbeitenden zu erhoffen. Vom Staate selbst sei durch seine verkehrte Wirtschaftspolitik und Zollpolitik nichts zu erwarten. Die Arbeitgeber stehen fast alle ausnahmslos gerüstet da. Wir haben die verdamnte Pflicht und Schuldbüße, es ihnen nachzutun. Die einzigen Rechte, die wir genießen, müssen wir uns erkämpfen und die, die uns zustehen: als Mensch zu leben und als solcher auch schon auf Erden glücklich zu sein, zu erobern suchen. Dies können wir aber nur durch Anschluß an unsere gewerkschaftliche Organisation. Schulter an Schulter mit allen Arbeitsbrüder kämpfen, muß fortan unserer aller Losung sein.“ Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. Im Sinne des Referats beteiligten sich noch der Kollege Mehnert und Maschinenmeister Müller an der Debatte. Mit einem kräftigen Schlußwort schloß Kollege Anderleit die Versammlung. In der nächsten Mitgliederversammlung soll ein Vortrag über „Heinrich Heines Leben und Wirken“ gehalten werden. Sollte es jedoch möglich sein, daß zur Arbeitervorstellung im Stadttheater am 2. April Goethes „Faust“ gegeben wird, so wird der Vortrag über „Seine“ verschoben und an dessen Stelle tritt eine Erläuterung über Goethes „Faust“. Das Arrangement ist deshalb getroffen, weil gerade die Kaufleuterei für das Verständnis unserer Kolleginnen etwas zu schwer liegt. Um nun den Genuß der Theateraufführung zu erhöhen, soll diese Einführung stattfinden. Die Billets zur Aufführung sind schon jetzt beim Kollegen Mehnert zu bestellen. H. M.